

Giftgas gegen Schulkinder



Offenbar wurde in Afghanistan wieder einmal der Islam falsch ausgelegt und es ist nur der sprichwörtlichen Toleranz der Mohammedaner zu verdanken, dass sich nicht weltweit ein Sturm der Entrüstung über den Missbrauchsskandal erhebt. In Kunduz wurde wieder einmal eine Mädchenschule mit Giftgas angegriffen.

Reuters berichtet:

Im Einsatzgebiet der Bundeswehr in Afghanistan sind offenbar erneut Giftgasanschläge auf Mädchenschulen verübt worden.

Rund 61 Schülerinnen und mehrere Lehrer erkrankten am Wochenende nach Angriffen auf zwei Schulen in Kundus im Norden des Landes. Viele von ihnen brachen zusammen, nachdem sie einen Gasgeruch wahrgenommen hatten. Der Direktor des örtlichen Krankenhauses sagte, zahlreiche Mädchen litten noch immer unter Schmerzen, Schwindel und Übelkeit. (...)

Die Gasanschläge schürten unter Mädchen die Sorge, ihre Eltern würden sie wegen der drohenden Anschlagsgefahren nicht mehr zum Unterricht gehen lassen. „Meine Eltern sind sehr besorgt“, sagte die zwölfjährige Sumaila, die bei einem der Anschläge verletzt wurde. „Mein Vater hat gesagt, ich hätte eine Menge gelernt. Ich weiß nicht, ob er mich nach dem, was sich ereignet hat, weiter in die Schulde gehen lässt.“ Sumaila saß im Unterricht, „als es plötzlich nach Blumen roch“. „Ich sah meine Mitschülerinnen und meinen Lehrer zusammenbrechen und als ich die Augen öffnete, war ich im

Krankenhaus.“ In der Woche zuvor hatte es bereits einen Gasanschlag auf eine weitere Schule in Kundus gegeben, bei dem 20 Mädchen erkrankten.

In den vergangenen Jahren hat es eine Reihe von ähnlichen Anschlägen gegeben. Während der Taliban-Herrschaft von 1996 bis 2001 war es afghanischen Mädchen verboten, eine Schule zu besuchen. In den Taliban-Hochburgen im Süden und Osten des Landes sind viele Schulen weiterhin geschlossen, Lehrer wurden bedroht und mehrere Mädchen mit Säure verätzt.

Auch solche Ereignisse werden die Linkspartei nicht davon abbringen, weiterhin dazu aufzurufen, die afghanischen Opfer der islamischen Gewaltherrschaft im Stich zu lassen. Ob GRÜNE und SPD jetzt einen Untersuchungsausschuss gründen oder eine Verfolgung der Verantwortlichen als Kriegsverbrecher fordern werden, ist nicht bekannt, aber unwahrscheinlich.

(Spürnasen: Puseratze, Hausener Bub)